

Wahrnehmungen

Erste Senatsklausur unter Leitung von Michael Müller

Es ist nicht selten so, dass es über ein und denselben Vorgang unterschiedliche Wahrnehmungen gibt. Mir ist es sehr oft passiert, Berichte über eine Pressekonferenz, an der ich teilgenommen habe, zu lesen und mich zu fragen, das kann doch nicht die PK gewesen sein, die ich miterlebt habe? Nun, an der ersten Senatsklausur am 8. Januar unter Leitung des neuen Regierenden Bürgermeister haben viele, die sich anschließend dazu äußerten, gar nicht teilgenommen. Stimmen von Teilnehmern und Nichtteilnehmern stellen wir in einem nicht repräsentativen Mix zusammen.

Landespressedienst: Wichtiges Ergebnis der Senatsklausur

Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, zeigt sich am Tag nach der Senatsklausur zufrieden mit den erzielten Ergebnissen, vor allem mit denen zur Mietenpolitik: „Mit dem Umwandlungsverbot haben wir endlich ein weiteres mietenpolitisches Instrument, das uns hilft, Berliner Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung und steigenden Mieten zu schützen. Es ist sinnvoll und wichtig, in der wachsenden Stadt Berlin dafür zu sorgen, dass die Menschen Sicherheit über ihre Wohnsituation bekommen.“ In den letzten Jahren gab es in Berlin eine deutliche Steigerung der Umwandlungen. Mittlerweile nähert sich die jährliche Umwandlungsquote 10.000 Wohnungen an.

„Die CDU-Fraktion

ist sehr erfreut, dass wir im Senat nach Monaten der SPD-internen Diskussionen ein sehr gutes und umfangreiches Maßnahmenpaket und Arbeitsprogramm mit unserem Koalitionspartner vereinbart haben. Wir unterstreichen damit die Handlungsfähigkeit der Koalition in besonderer Weise“ teilt Faktionschef Florian Graf mit.

„Stärkung der Wirtschaft, Festigung der Sicherheit und ideologiefreie Bildungspolitik – dieser Dreiklang der CDU bildet die Leitlinie der Beschlüsse der Koalition. Zudem führen wir die verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit dem Leitsatz ‚Sparen und Investieren‘ weiter.

Der Senat hat mit diesen und vielen weiteren Entscheidungen während seiner 12-stündigen Klausurtagung den Weg für wichtige und notwendige Investitionen in unsere wachsende Stadt für die verbleibenden zwei Jahre dieser Legislaturperiode freigemacht.“

Stärkung der Wirtschaft

„Sparen und Investieren führt zur Zukunftsfähigkeit und Ankurbelung der Wirtschaft. Der von den Koalitionsfraktionen im Dezember beschlossene Investitionsfonds wird mit mehr als 400 Mio. Euro bestückt. Eine eindrucksvolle Zusatzinvestition in die wachsende Stadt, die als Konjunkturpaket wirken wird. Mit dem gleichhohen Betrag können wir außerdem unseren seit Jahren verfolgten Konsolidierungskurs eindrucksvoll fortführen. Seit Beginn dieser Koalition konnten somit knapp 1,5 Mrd. Euro Schulden abgebaut werden. Dies ist

ein Riesenerfolg. Auf dem Weg der Stärkung unserer Wirtschaft gehen wir entschlossen voran: die verbesserte Förderung von privatem Wagniskapital für junge Unternehmen und die Entstaubung des Vergaberechts werden die Rahmenbedingungen für Existenzgründer und Auftragnehmer der öffentlichen Hand deutlich verbessern.“

Ideologiefreie Bildung

„Die Flexibilisierung der Früheinschulung ist ein weiterer Baustein unseres Kurses einer ideologiefreien Bildungspolitik. Die Früheinschulung zum Schuljahr 2016/17 wird entbürokratisiert, die Rückstellung von der Einschulung auf Wunsch der Eltern ab sofort ohne weiteren Prüfungsvorgang gestattet. Darüber hinaus wird das Schulgesetz noch in dieser Legislaturperiode geändert, eine neue Stichtagsregelung bei der Früheinschulung tritt gut vorbereitet zum Schuljahr 2017/2018 in Kraft. Dies ist ein echter Durchbruch, da wir seit vielen Monaten dafür geworben haben. Genauso entschieden fördern wir auch weitere dringend notwendige Investitionen im Bereich der Hochschulen und Schulen. Dazu nutzen wir selbstverständlich auch die Entlastungen aus der vollständigen Übernahme der BAföG-Leistungen durch den Bund. Mit dem gesonderten Schultoilettensanierungsprogramm setzen wir ein klares Zeichen: Bildung und ein gutes Lernumfeld haben Priorität!“

Festigung der Sicherheit

„Die Festigung der sozialen und der inneren Sicherheit bleibt ein Kernthema der CDU. Es ist ein gutes Signal, dass der Senat hier einen besonderen Akzent seiner Personalpolitik – sowohl in den dienstleistungsorientierten Bürgerämtern, wie auch bei Polizei, Feuerwehr und Justiz – setzen möchte. Zur Festi-

„Die Grünen sehen die Ergebnisse der Senatsklausur kritischer: Die Grünen sehen die Ergebnisse der Senatsklausur kritischer: gung der sozialen Sicherheit wird die Jugendberufsagentur ebenso einen Beitrag leisten können wie der Verzicht auf Schulgeld in den Pfllegeberufen. Beides trägt zum funktionierenden Zusammenleben bei.“

Der Landeselternausschuss Kita begrüßt die Stärkung des Elternwunsches

„Ab dem Schuljahr 2017/2018 werden Berliner Kinder wieder erst vom 6. Lebensjahr an schulpflichtig. In den Übergangsjahren 2016 und 2017 können Kinder von der frühen Einschulung in dem Jahr, in dem sie sechs Jahre alt werden, zurückgestellt werden - und zwar auf Wunsch der Eltern ohne weitere Prüfung. Damit wird das Einschulalter korrigiert, aber hoffentlich nicht die mit der frühen Einschulung im Zusammenhang stehenden Entscheidungen zur Einführung einer Schulanfangsphase und dem jahrgangsübergreifenden Lernen.

Wir fordern, dass der Senat diese Bausteine nicht fallen lässt, sondern im Gegenteil wieder stärkt. Die Änderung des Einschulungsalters wird Grundschulen nicht dabei helfen, einen fließenden Übergang von der Bildungseinrichtung Kita zur Bildungseinrichtung Schule für die Kinder zu organisieren.

Wir wollen erreichen, dass die Änderung des Einschulungsalters nicht dazu führt, dass es einen Schritt weg vom jahrgangsübergreifenden Lernen hin zu altershomogenen Klassen gibt. Wir wollen außerdem erreichen, dass die personelle Situation zur Gestaltung des Überganges in den Schulen verbessert wird und in den Kitas die mittelbare pädagogische Arbeit für diesen Übergang, den es sensibel zu gestalten gilt, anerkannt und in den Arbeitsverträgen berücksichtigt wird.

Der Übergang von Kita an die Schule soll ein gleitender Übergang und nicht länger ein Bruch sein.

Statt in den Schulen die Bedingungen für die Schulanfänger/innen zu verbessern bzw. die personellen Verstärkung durch die Doppelsteckung in der Schulanfangsphase (zwei Pädagogen pro Klasse) konsequent umzusetzen, ändert man das Einschulungsalter der Kinder und hofft, dass sie damit den Schulstart besser bewältigen können.

Norman Heise, Vorsitzender des Landeselternausschusses Kita: „Aus Sicht der Kita-Eltern hätte es ausgereicht den Elternwillen auf den Verbleib für ein weiteres Jahr in der Kita als möglichen Normalfall zu gestalten. Diese Übergangslösung soll für 2016 und 2017 eingeführt werden. Ab dem Schuljahr 2017/2018 wird diese Lösung dann zum Problem erklärt und abgeschafft. Am Übergang Kita-Grundschule ist nicht das Alter der Kinder, sondern die finanzielle und personelle Ausgestaltung das Problem.“

Der Blick in andere Bundesländer verrät, dass auch die Einschulung mit sechs Jahren nur wenig an den Rückstellungsquoten verändern wird.

Wir fordern den Senat und die Regierungskoalition auf, schnell einen organisatorischen Plan vorzulegen, wie diese Veränderung gestaltet werden soll. Wir erwarten ein Schnell-Paket und die dafür nötigen Finanzen für die benötigten Kita-Plätze, die diese Veränderung verlangt.

Die Grünen sehen die Ergebnisse der Senatsklausur kritischer:

Viele Ankündigungen, wenig Konkretes – Grüne fordern Nachtragshaushalt

Ramona Pop und Antje Kapek, Fraktionsvorsitzende, sagen zu den Ergebnissen der Senatsklausur:

Nach monatelangem Stillstand hat sich der Senat wieder getroffen. Als Ergebnis liegen nun zahlreiche Ankündigungen vor, aber wenig konkrete Maßnahmen, vieles wird in die Zukunft vertagt. Bei den wichtigen Entscheidungen sind SPD und CDU weiter tief zerstritten und blockieren so etwa einen Beschluss zur Zukunft der Energienetze – obwohl dies ein entscheidendes Thema für unsere Stadt ist. Bezeichnend, dass Klimaschutz und Ökologie bei diesem Senat keinerlei Erwähnung finden.

Konkret begrüßen wir, dass die längst überfällige, von uns geforderte Umwandlungsverordnung endlich vom Senat beschlossen wurde. Diese muss nun zügig auf den Weg gebracht werden, es ist schon viel zu viel Zeit vertan worden.

Wir sind enttäuscht, dass der Senat sich bei der Integration von Flüchtlingen kaum zu konkreten Maßnahmen durchringen konnte. Wir erwarten, dass der Regierende Bürgermeister Müller zügig zu einem Flüchtlingsgipfel einlädt, um mit Akteuren wie beispielsweise Jobcenter und Wohlfahrtsverbände Maßnahmen zu Sprachförderung, Ausbildung und Arbeit zu erarbeiten.

Von einem Personalentwicklungskonzept ist der Senat leider genauso weit weg wie eh und je. Die einzelnen Maßnahmen sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir erwarten nun, dass Rot-Schwarz für das Jahr 2015 zügig ein Nachtragsbudget vorlegt, damit die Investitionen in die Infrastruktur jetzt beraten und beschlossen werden. Es kann nicht sein, dass SPD und CDU diese Entscheidungen am Parlament vorbei treffen wollen.

Auch die Fraktion der Linken macht kritische Anmerkungen:

Senat startet mit stadtpolitischem Klein-Klein und »Lex Olympia«

Zur Senatsklausur erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin Manuela Schmidt:

Berlin hat zwar einen neuen Regierenden Bürgermeister, aber nach wie vor keine Koalition, die wichtige Themen der Stadt entschlossen und gemeinsam anpackt. Die Kompromisse der gestrigen Klausur zeigen, dass im Senat offenbar vor allem um Klein-Klein gerungen wurde. Probleme wie die Strom- und Gasversorgung der Berlinerinnen und Berliner blieben aber außen vor.

SPD und CDU gelang es nicht, den außergewöhnlichen Haushaltsüberschuss des letzten Jahres für Schwerpunktinvestitionen in die wachsende Stadt zu nutzen. Stattdessen wird die Hälfte der Mehreinnahmen unnötig im Altschuldenloch versenkt und der Rest mit der Gießkanne für diverse Infrastrukturmaßnahmen verteilt. Auch die erhofften neuen Weichenstellungen für den öffentlichen Dienst bleiben aus. Für die Bezirke gab es ein paar Trostpflaster in Form von 31 Stellen in den Bürger- und 59 Stellen in den Sozialämtern. Die Forderung zur Schaffung weiterer Unterkünfte für Flüchtlinge in landeseigenen Wohnungen und Immobilien mündete bei Rot-Schwarz lediglich in einen Prüfauftrag.

Klarheit herrscht nach der Senatsklausur für die Berlinerinnen und Berliner zumindest in einer Frage: In Sachen Bürgerbeteiligung werden SPD und CDU ihre nach der Tempelhof-Niederlage gemachten Versprechen nicht einlösen. Die Frage, ob sich Berlin für Olympische Spiele 2024 oder 2028 bewerben sollte, will der Senat mit einem »Volksentscheid von oben« klären. Eine Verfassungsänderung, die für eine Volksbefragung der ehrliche Weg gewesen wäre und wie sie die Opposition fordert, lehnt die Koalition ab.

Für Lorenz Maroldt, dem Chefredakteur des Tagesspiegel, ist die Senatsklausur eine „Sensation“

Nach nur 11 Stunden und 48 Minuten Klausurtagung hat der Senat ein Schul toilettensanierungsprogramm beschlossen. Am Ende mussten sie wohl alle mal. Weiteres: Zähneknirschend stimmte die SPD dem Ende des elenden Früheinschulungszwangs zu, zähneknirschend stimmte die CDU dem Anfang des weißsalbigen Wohnungsumwandlungsverbots zu - Deal. 31 neue Stellen gibt's für die 45 Bürgerämter. Ob's hilft? Wartezeit für einen Termin zur Ausweisverlängerung, Stand Freitag, 5 Uhr: 30 Tage. „Arbeitsreich und sehr gute Stimmung“, twitterte Senatskanzleichef Björn Böhning aus der Sitzung. Und in ihrem Zeugnis wird stehen: "... waren stets bemüht, den nicht allzu hohen Anforderungen wenigstens halbwegs gerecht zu werden." Ach ja: Im September sollen die Bürger über Olympia abstimmen dürfen - Monate nach dem Votum des Deutschen Olympischen Sportbunds.

Die Berliner Morgenpost schreibt:

Berlin hat einen Rekordüberschuss von 820 Millionen Euro erzielt. Das weckt Begehrlichkeiten. Neben dem Wohnungsbau einigte sich der Senat in seiner Klausur auch auf ein Schul toilettensanierungsprogramm.

Zwölf Stunden lang rangen der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) und die acht Senatoren am Donnerstag im Roten Rathaus, um 21.35 Uhr präsentierten sie die Ergebnisse ihrer Klausurtagung. Die CDU setzte sich bei der Abkehr von der Früheinschulung durch. Im Gegenzug wird es auf Wunsch der SPD ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen geben.

Der Senat plant zudem, dass die Abstimmung über eine mögliche Olympiabewerbung am 13. September stattfinden soll.

Innensenator Frank Henkel (CDU) konnte sich nicht damit durchsetzen, eine feste Zahl für mehr Polizisten auszuverhandeln. „Der Mehrbedarf wird anhand von qualifizierten Kriterien festgestellt“, sagte Henkel. Müller und Henkel betonten, bei der Klausur sei es nicht darum gegangen, einen neuen Koalitionsvertrag zu verhandeln oder Haushaltsberatungen durchzuführen. Es habe konzentrierte Arbeitsstimmung geherrscht, hieß es. Doch bei einzelnen Punkten seien die Fronten zwischen SPD und CDU hart aufeinander geprallt.

Dann schauen wir mal, wie sich SPD und CDU die nächsten Monate vertragen, Partner in der Regierung, Kontrahenten im schon längst begonnenen Wahlkampf.

Zusammenstellung: Ed Koch